

Neue Berechnungen zum Einstellungsbedarf



Am 29. Juni hat die Kultusministerkonferenz in einem Gespräch mit GEW und Lehrerverbänden ihre neue Modellrechnung für den Lehrerberuf vorgelegt. Die KMK-Prognose kommt auf der Grundlage der von den Ländern gemeldeten Daten zum Ergebnis, dass es in der Gesamtschau eine ausreichende Lehrerversorgung geben werde. Mangel gebe es jedoch in einzelnen Fächern, Schulformen und Regionen bzw. unterschiedliche Bedarfe zwischen Ost und West:

1. „Bei derzeit rund 795.000 hauptberuflichen Lehrkräften in Deutschland ist für den genannten Zeitraum mit einem jährlichen Einstellungsbedarf von rund 28.000 Lehrerinnen und Lehrern in den 16 deutschen Ländern zu rechnen.
2. In den westlichen Ländern übersteigt das Angebot an Lehrkräften die Nachfrage um etwa 16 %, das heißt jährlich um rund 3.800 Lehrerinnen und Lehrer. In den östlichen Ländern besteht eine rechnerische Unterdeckung von durchschnittlich 11 %, das heißt von jährlich rund 520 Lehrkräften.
3. Für ganz Deutschland bedeutet dies zwar, dass bis zum Jahre 2020 den Ländern rechnerisch insgesamt genügend ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Aber die Differenzierung nach Ländern, Lehrämtern und Fächern zeigt, dass das Problem nicht besetzbarer Stellen in allen Ländern weiterhin virulent bleiben wird. Unverändert angespannt bleibt die Situation für die Lehrämter für den Sekundarbereich II (berufliche Fächer), für die beruflichen Schulen, aber auch im Sonderpädagogischen Bereich, bei denen Bedarfe über dem Angebot liegen, oder auch fächerspezifisch für beispielsweise Mathematik, Naturwissenschaften.“ ...

„Die Modellrechnung stützt sich auf Angaben der Länder vom November 2010. Sie gehen jeweils aus vom Gesamtbedarf an Lehrkräften, die für die vorhandenen und prognostizierten Schülerzahlen bis 2020 als erforderlich angesehen werden.“

Kritik der GEW

Ilse Schaad, im GEW-Vorstand für Angestellten- und Beamtenpolitik verantwortlich, betonte, dass die Datenbasis der Prognose „wacklig“ sei. Die von den Ländern gemeldeten Daten seien teilweise nicht miteinander zu vergleichen. Zudem berücksichtigten sie Planungsdaten, die den Bedarf beeinflussen, nur ungenügend bis gar nicht. Die KMK habe politische Vorgaben und bildungspolitische Ziele der Länder offenbar nicht hinterfragt. Eine verlässliche Bildungspolitik könne nicht auf dieser Datenbasis aufbauen. „Leider entfalten solche Prognosen oft eine fatale Langzeitwirkung. Das wissen wir aus den Jahren gravierenden Lehrermangels“, warnte sie. „Der von der KMK errechnete jährliche Einstellungsbedarf von 28.000 Lehrkräften ist zu niedrig“. Zwischen 2010 und 2020 gingen allein mehr als 293.000 Lehrkräfte in Pension oder Rente. Hinzu komme, dass alle Länder erhöhten Unterrichtsbedarf zwischen 1997 und 2007 mit sogenannten Vorgriffsstunden abgedeckt haben, die nun in fast allen Ländern bis 2019 zurückgezahlt werden müssten. Dies mache zusätzlich rund 3000 Stellen jährlich aus. Um 28.000 Lehrkräfte einstellen zu können, müsse es wegen der Teilzeitstellen, die etwa 30 Prozent der Lehrkräfte wählen, zirka 36.000 Bewerber auf dem Lehrerberufmarkt geben.

Um den Einstellungsbedarf zu decken, müssten die Universitäten die Ausbildungskapazitäten mindestens halten, die Länder die Zahl der Referendariatsplätze von rund 30.000 auf 39.000 erhöhen.